Abonnementspreis
in Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,53 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Hoffmann in Bielefeld.

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis 10 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" Schumann & Co., Bielefeld.

Nr. 201. Bielefeld, Freitag, 28. August 1896. 7. Jahrgang.

Hohes Alter und Berufskrankheiten.

In Professor Jägers „Monatsbl." begegneten wir jüngst einem Artikel: „Hohes Alter" überschrieben, in dem u. a. auf das erreichte Alter Kaiser Wilhelm I. von 92 Jahren Bezug genommen und gesagt wurde, daß er nicht das natürliche Lebensende gefunden, d. h. nicht an Altersschwäche, sondern an einer Entzündungskrankheit gestorben sei. Das beweise, meint Professor Jäger, daß die natürliche Lebensdauer des Menschen höher als 92 und mindestens jenseits des 100. Jahres liege.

Hundert Jahre! Irren wir nicht, so ging kürzlich eine Notiz durch die Presse, daß im vorigen Jahre insgesamt im Deutschen Reiche 112 Menschen verstorben seien, die alle über 100 Jahre alt geworden. Daß sich die Ziffer der in solchem Alter sterbenden Leute trotz wachsender Bevölkerungszahl stets vermindern muß, ist angesichts der verschiedenen der menschlichen Lebensdauer entgegenarbeitenden Kultureinflüsse und namentlich der Berufskrankheiten als sicher anzunehmen. Führt doch die fortgesetzte Teilung der Arbeit und zunehmende Intensivität derselben keineswegs zur Schäfer-, Gärtner- oder Waidmanns-Idylle, sondern umgekehrt zur immer verschärfteren Anspannung aller Arbeitskräfte.

Die hohen Alter über 70 Jahre wurden schon bei Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung nur auf etwa 1 pCt. der Versicherungspflichtigen, Letztere damals zwölf Millionen, berechnet, sie dürften noch viel weiter zurückgehen, und selbst Minister v. Bötticher mußte s. Z. zugeben, daß es sich bei der Versicherung nicht um die Altersversicherung, das „Schaugericht", sondern wesentlich um die Invaliditätsversicherung handeln könne. Die Alter von 80, 90 und mehr Jahren sind Ausnahmen. Die größte Sterblichkeit fand schon immer bei Erwachsenen nach dem 50. Lebensjahre statt. So starben nach einer Statistik in Preußen von 1816 bis 1860 im Alter von

20—30	Jahren von	100 : 12,6
30—40	„ „	100 : 11,9
40—50	„ „	100 : 14,6
über 50	„ „	100 : 60,9

Die schon oben erwähnten Einflüsse im kapitalistischen Produktionszeitalter können höchstens eine Herabdrückung der Lebensdauer von 50 auf 45 und 40 Jahre bringen, während in einer ganzen Reihe von Berufen die Durchschnittssterblichkeit in die 30er Jahre fällt. So starben, entsprechend der obigen Tabelle, Solinger Eisenarbeiter 20,1 16,6, 17,4 und 45,9; Schleifer dagegen 31,6 26,9, 23,4 und 18,1. Bei letzteren war die Sterblichkeit zwischen 20—30 Jahren also am größten. Bei Berliner Buchdruckern zeigten sich folgende Verhältniszissern: 28,7, 21,3, 14,1 und 30,8, welche auf einen niederen Stand der Sterblichkeit zwischen der dritten und vierten Stufe deuten, nachdem eine ziemlich hohe Prozentziffer schon zwischen 20 bis 30 Jahren (28,7) zu bemerken war.

Und dabei ist die durchschnittliche Lebensdauer von 30 auf 33 Jahre gestiegen, d. h. Kind und Greis eingerechnet, lebt der Durchschnittsmensch drei Jahre länger als etwa im vorigen Jahrhundert. Suchen uns auch Pest, Cholera und andere Krankheiten des Mittelalters heute weniger heim, weil die Lebens- und Wohnbedingungen im allgemeinen bessere geworden sind, so morden dafür die Berufskrankheiten die Arbeiter in Massen dahin und die Ueberarbeit ist der „moderne schwarze Tod", der sich seine Opfer im Mittag ihres Lebens holt, eben wenn sie glauben, es endlich ein wenig mit ihren Einnahmen vorwärts zu bringen. Ueberarbeit und Arbeitslosigkeit — an diesen entgegengesetzten Polen gehen die Arbeiter und Arbeiterinnen, namentlich die der Saison, haufenweis zu Grunde.

Obwohl die Betrachtungen dreier Jahre für die Durchschnittsberechnung keinen genügenden Anhalt bieten, seien doch die Schwindsuchtsfälle der Stadt Berlin für die Jahre 1890 bis 1892 hier mitgeteilt. Von 100 Sterbefällen betrafen 32,79 die Schwindsucht als Ursache. Und wiederum stehen hier die in Blei arbeitenden Buchdrucker voran: Von je 100 gestorbenen Buchdruckern starben 45,45 an der Lungenschwindsucht.

Nach der Reichsstatistik für das Jahr 1894 nahm die Sterblichkeit folgenden Rang ein:

Erkrankungen der Atmungsorgane	13 33
Lungenschwindsucht	11,62
Brechdurchfall	6.11
Akute Darmkrankheiten	5 56
Verunglückung	1,38
Selbstmord	1 14
Masern und Rötheln	1,04

Dies sind jedoch nur die Ziffern in sämtlichen deutschen Städten von 15 000 Einwohnern ab. Seit dem Jahre 1884 hat eine bedeutende Zunahme der Sterblichkeit in diesen Städten und an den erwähnten Ursachen stattgefunden.

Es starben an:	1884	1893
Erkrankung der Atmungsorgane	24 077	39 366
Lungenschwindsucht	31 400	34 319
Akuter Darmkatarrh	14 951	16 409
Brechdurchfall	11 298	18 042
Verunglückung	3 030	4 072
Selbstmord	2 485	3 347
Masern und Rötheln	3 300	3 086

Also nur an letzteren Todesfällen, die vorwiegend Kinder betreffen, sind Verringerungen zu beobachten gewesen, sonst überall beträchtliche Steigerungen. Dabei ist die Einwohnerzahl in den sämtlichen Städten über 15 000 Einwohner von 8 944 152 im Jahre 1884 auf 12 752 762 im Jahre 1893 gewachsen.

Doch nicht nur die Berufskrankheiten wirken dem hohen Alter entgegen, auch die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse. Dieselben entsprechen in den meisten Fällen nicht der Verausgabung an Nerven-, Hirn- und Muskelkraft im Arbeitsprozeß; die Löhne bleiben im Durchschnitt weit hinter der zum Kauf der entsprechenden Lebensmittel (Güte wie Menge) erforderlichen Geldsumme zurück, die Arbeiter hungern sich langsam zu Tode und — Phtisis! (Tod an Entkräftung!) steht auf manchem Totenschein zu lesen.

Unsere modernen Arbeiterkinder bringen den erforderlichen Lebensfonds oft gar nicht mit auf die Welt. Dank der vernichtenden Frauenarbeit in Fabrik und Hausindustrie, der Abgewöhnung von der Mutterbrust nach 14 Tagen bis drei Wochen, und der tausend anderen Ernährungsfehler, ist ein großer Teil der Neugeborenen von vornherein zum Tode im ersten bis dritten Lebensjahre, ein weiterer großer Teil zum kraft- und muskellosen Aufwachsen, zu Siechtum und Blutarmut verurteilt. Die Kinder können gar nicht als Erwachsene ein Alter von 70 und mehr Jahren erreichen, Konstitution wie Lebensverhältnis verhindern gleichmäßig daran.

Sicher ist aber eines: Würde die arbeitende Klasse in bessere Lebensbedingungen versetzt, so würden wir das Durchschnittslebensalter in wenigen Jahren beträchtlich sich erhöhen sehen, denn selbst den Berufskrankheiten erliegt der gutgenährte, widerstandsfähige Mensch weit weniger, als der unter entgegengesetzten Bedingungen.

Wenn Geistliche, Staatsmänner, Fürsten bezüglich der Sterblichkeit viermal günstiger als Feilenhauer, dreimal günstiger als Schriftsetzer und doppelt so günstig als z. B. Baumwollspinner und Schlosser daran sind, so verdanken sie dies wesentlich zwei Bedingungen: der guten und reichlichen Ernährung und der geringen, mit Ruhepausen durchsetzten Thätigkeitszeit.

Es ist wahrlich leicht gesagt, wie man mit Weisheit sein Lebensalter erhöhen und vielleicht auf das Doppelte bringen könne, die größere Weisheit bestände eben darin, die arbeitenden Klassen in Arbeits- und Lebensbedingungen zu versetzen, unter welchen ihnen die Möglichkeit der Erreichung dieses Zieles winkt.

Letzteres erstrebt die Sozialdemokratie, wofür sie denn von den herrschenden Klassen, die sich nicht einmal zu einem Arbeitstage von acht Stunden, ja nicht einmal zu einem Jahres-Ruhetage am 1. Mai verstehen wollen, angefeindet und bekämpft wird.

Die Erreichung eines hohen Alters ist heute gewissermaßen ein Privilegium der wohlhabenden Klassen, eine Unmöglichkeit fast für die armen und produktiven Klassen.

Die Lösung der Frage liegt in der Zukunft, aber die Arbeiter haben die Verpflichtung, ihrerseits zu dieser Lösung mitzuwirken. Dies thun sie durch ihre Einreihung in die Bataillone der Sozialdemokratie.

Allerhand Proletarier.

Von A. Otto-Walster.

36 [Nachdruck verboten.]

„Und deshalb muß fortwährend danach getrachtet werden, den zufälligen Privatbesitz zu vermehren?"

„Ja, das muß sein, weil nach den Zeitverhältnissen die Sicherheit des Besitzes hauptsächlich durch die Größe des Besitzes garantiert wird. Je größer ein Besitz, je größer die Sicherheit, daß er allen Verhältnissen gegenüber sich halten kann."

„Und dieser Drang nach Vermehrung, der bei Ihnen ein Drang zur Sicherstellung ist, führt gerade erst häufig zur Gefährdung des Besitzes. Ach, mein Herr, es ist immer so gewesen und alles Elend der Menschen ist dadurch herbeigeführt worden. Sie gehören dem Stande an, der mehr als irgend ein anderer das Seinige gethan hat, um den Adel und seine Vorrechte zu vernichten.

Die Adligen standen wahrhaftig auf einer anderen, viel idealeren Weltanschauung; sie glaubten, daß edleres Blut in den Adern ihrer Genossen flösse, sie gründeten darauf ihre Ansprüche auf Bevorzugung, sie hielten deshalb auf Reinhaltung des Stammbaums, sie nahmen deshalb, soweit sie nicht ganz borniert waren, die besten Geister der Nation in ihre Reihen auf, wenn sie dabei auch übersahen, die Nutzanwendung aus dem Umstande zu ziehen, daß die Besten und Tüchtigsten der Nation aus einem anderen als ihrem Blute entsprossen. Man verspottet jetzt die Adelsstolzen, die von blauem Blute sprechen, für welchen Ausdruck das Volk ein viel drastischeres Wort hat, aber sie, die Aristokraten des Geldsacks, werden in ihren Kindern tausendmal zahlreicher bestraft, als die Adligen, und noch häufiger straft sie das Schicksal in der eigenen Person für den Hochmut, die Ueberhebung, für die Absonderung ihrer Interessen von den Interessen des gesamten Volkes."

„Ihr Räsonnement ist sehr philosophisch, aber die Wirklichkeit hat stets ihre Berechtigung allen philosophischen Theorien gegenüber."

„Und was für eine Berechtigung, Herr Hernig! Die Berechtigung, unsere Generation dem Gespötte späterer Generationen preiszugeben. Wie ist doch die Bourgeoisie so sehr im Widerspruch begriffen mit ihrem eigenen revolutionären Streben gegen die Vorurteile und vorurteilsvollen Begriffe anderer Menschenklassen, welche das Gesetz für sich hatten, so gut wie sie. Denn die Gesetze sind immer der konkrete Ausdruck der rechtlichen und moralischen Begriffe derjenigen, die gerade die Macht und das Privilegium besaßen, Gesetze machen zu können. Gegen diese Gesetze anzukämpfen, galt immer als ein schweres Unrecht, und doch wäre ohne dieses vermeintliche Unrecht niemals etwas rechtes in der Entwicklung der Menschheit zustande gekommen. Es gab eine Zeit, wo der Katholik keine Protestantin ohne erhebliche Schwierigkeiten ehelichen durfte, es gab eine Zeit, da der Glaubenswechsel selbst etwas Schimpfliches war, mit dem Wort: „Renegat" verurteilt wurde; etwas Ungeheuerliches, durch die Gesetze allgemein Verbotenes erschien es, wenn ein Christ eine Jüdin oder gar ein Jude eine Christin heiraten wollte, ein Glaubenswechsel war die unerläßliche Vorbedingung. Wie viele Romane und Trauerspiele treten auf dieser Unmöglichkeit mit obligaten Gewissensbissen herum, und doch würde die Jüdin, hätte sie christliche Eltern gehabt, eine ebenso eifrige, überzeugungsvolle Christin geworden sei, wie der Christ ein fanatischer Jude durch jüdische Eltern und Schulmeister geworden wäre. In Amerika wird der Deutsche, der Engländer und der Franzose gleichmäßig amerikanischer Bürger und übt sein Bürgerrecht nach allgemeinen Begriffen des Rechts und des Guten, wie das Gesetz es angezeigt, aus, in Europa streiten sie sich noch, welches Volk noch besonders im Dienste der Gottheit oder der Zivilisation arbeitet, da muß der liebe Gott noch die Waffen des einen besonders segnen, da giebt es einen deutschen Gott und einen französischen, einen republikanischen und einen, der aus Gnaden Fürsten werden läßt und besonders schützt. Heilig heißt das, was dem einen in seine Sonderinteressen paßt, ob's auch den andern noch so schädlich wäre. Aber für heilig halten wir ohne Klassen-, Rassen- und Glaubensvorurteile lebenden Menschen nur die Prinzipien der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit aller Menschen, weil die allen Menschen frommen und keinem Menschen schaden können. Im Unglück fester und froher, im Glücke glücklicher müßten die Menschen sein, wenn sie sich bewußt wären, daß ihr Wohlbefinden nicht auf das Elend anderer Menschen aufgebaut war, nicht das Elend anderer Menschen zur notwendigen Vorbedingung hatte."

„Sie sind Sozialdemokrat, mein Herr," rief der Kaufmann, der sein Haupt bei dieser Rede nachdenklich in beide Hände genommen hatte. „Aber glauben Sie denn, daß diese Menschheit, die unter so ganz verschiedenen Verhältnissen und Eindrücken aufgewachsen, mit so ganz ungleichen Bildungselementen versehen ist, im Zustande vollkommener Gleichheit und Freiheit harmonisch zusammenwirken könnte?"

„Das glaube ich freilich auch nicht; ich bin mir vollkommen bewußt, daß die durch ungerechte Zustände und Vorurteile aller Art geschaffenen Ungleichheiten vorerst geebnet werden müssen. Das Mittel ist: der geläuterte Begriff von dem, was Recht und Gerechtigkeit unter den Menschen sein soll. Recht muß vor allen Dingen jedem die ungeschmälerte Frucht seiner Arbeit sein, Gerechtigkeit das Gleichmaß von Pflichten und Rechten. Unrecht ist es, wenn zufällig erworbenes Kapital die Arbeit anderer in Kontribution nach Belieben setzen darf; Ungerechtigkeit ist es, wenn die Privilegierten nach ihren Sonderinteressen, von durch Gesetze machen und sie, gemäß ihrer Sonderinteressen, von durch sie beherrschten Beamten handhaben lassen dürfen. Ermöglicht wird das harmonische Zusammenwirken der Staatsbürger erst werden — das weiß ich und fühle ich auch — wenn gleichmäßige Bildung der Jugend stattfindet; im herrschenden Klassenstaat aber, wo die aufgewendeten Bildungsmittel so verschwindend klein erscheinen gegenüber den Mitteln, die man fürs stehende Heer verbraucht, und wo noch außerdem die Bildungsmittel ungleich und folglich ungerecht verteilt werden, sucht man den immer mehr unabweisbar werdenden Ausgleich auf eine friedliche Lösung."

„Und der einzelne kann vorläufig weiter nichts thun als den herrschenden Verhältnissen Rechnung tragen," bemerkte der Kaufmann.

„Und das seinige dazu beitragen, damit es besser werde," erläuterte der Schreiber.

„Meine Kraft ist nun so ziemlich gebrochen."

„Und doch müssen Sie zu retten suchen, was zu retten ist. Ich glaube, Herr Hernig, ich darf Sie noch als einen Mann ansehen."

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Bielefeld, 28. August.

— **Gegen eine Reform der Militärstrafprozeßordnung** wendet sich in einem Leitartikel die „Kreuz-Zeitung". Sie tritt namentlich gegen die Beseitigung des „Bestätigungsrechts des Kriegsherrn" nachdrücklich auf und schreibt in echt reaktionärem Geiste:

„An dem Grundsatze (des Bestätigungsrechts) selbst dürfte nicht zu rütteln sein; er ist tief innerlich begründet in der Natur unseres Heerwesens, wie es sich entwickelt und glänzend bewährt hat und allein seinem Zwecke genügen kann; darin liegen: Einheit des Willens im Heere, Einheit der Autorität der erziehliche der Disziplinargewalt verwandte Charakter der Militärstrafrechtspflege, das persönliche Treuband zwischen Kriegsherrn und Heeresangehörigen, lauter Gegenstände, die auf bürgerlichem Rechtsgebiet nicht oder nicht in dem Maße obwalten, daher auch der Maßstab des bürgerlichen Strafprozesses nicht unbedingt an den militärischen anzulegen ist.

„Nun wird ja das Reformgesetz zweifellos die Mündlichkeit bringen; jedoch um ihretwillen kann die Bestätigung zwar in ihrem Geltungsbereiche eingeschränkt werden unter gleichzeitiger Ausstattung mit Kautelen in den Fällen, für welche sie beibehalten wird; aber vollständig gestrichen aus dem System muß sie darum nicht werden, wenn und soweit die Rücksichten auf die kriegsherrlichen Rechte und auf den Geist des Heeres eine Beibehaltung erfordert. So muß z. B. dem Kriegsherrn selbst die Bestätigung mindestens gegenüber allen Urteilen gegen Offiziere verbleiben; insoweit ist sie auch verträglich mit der Mündlichkeit."

Das Junkerblatt, das hier offenbar ein Sonderinteresse der Offiziere im Auge hat, appelliert an das „konservative Gewissen" zwecks Aufrechterhaltung des kriegsherrlichen Bestätigungsrechts.

Indessen braucht sich vorläufig das konservative Gewissen nicht allzusehr aufzuregen, da ja General Hahnke, welcher unermüdlich im Arbeiten mit dem Kaiser ist, über dasselbe zur Genüge wacht. Es ist doch zunächst mehr als fraglich, ob das Bestätigungsrecht des Kriegsherrn der Vorlage überhaupt enthalten sein wird, und weiter ist es dann sehr fraglich, welche Sorte von Mut der Reichstag der Vorlage gegenüber zeigen wird. Wahrscheinlich wird das „konservative Gewissen" im Reichstage sich nicht übermäßig anzustrengen brauchen.

Deutsches Reich.

Berlin, 27. Aug. Stöcker läßt in seiner „Deutsch. Ev. Kirchenztg." das Tischtuch zwischen sich und den Jungen vollends zerschneiden. Die Ausführungen in der „Hilfe" seitens Naumanns und des Prof. Delbrück ließen erkennen, daß es sich auf jener Seite nur um eine Sammlung der nichtkonservativen, also liberalen Elemente der Christsozialen handle. Nun werde man auch begreifen, warum mit den Jungen nicht eine Einigung versucht werden könnte. Auch das Recht des Redaktionswechsels im „Volk" werde nun wohl anerkannt werden, zumal die beiden früheren Redakteure an der neuen von Naumann projektierten Zeitung mitwirken sollen.

— Reichseinnahmen. In der Zeit vom 1. April 1896 bis zum Schlusse des Monats Juli 1896 sind im deutschen Reich folgende Einnahmen (einschließlich der kreditierten Beträge) an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern, sowie andere Einnahmen zur Anschreibung gelangt:

Zölle 146 117 255 (gegen denselben Zeitraum des Vorjahres + 8 569 076 Mk.), Tabaksteuer 3 072 912 Mk. (— 17 444), Zuckersteuer 41 552 536 Mk. (+ 16 915 065), Salzsteuer 12 784 960 (+ 50 100), Maischbottich- und Branntweinmaterialsteuer 2 183 394 Mk. (— 288 243 Mk.), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 37 287 981 (+ 1 194 836 Mk.), Brennsteuer 768 669 Mk. (+ 705 050), Brausteuer 10 347 965 Mk. (+ 442 669), Uebergangsabgabe von Bier 2 209 141 (+ 19 634 Mk.); Summe 255 324 813 (+ 27 590 743), Stempelsteuer für: a. Wertpapiere 5 696 573 (+ 338 767), b. Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte 4 627 382 (— 2 166 297 Mk.), c. Lose zu: Privatlotterien 1 858 924 Mk. (+ 513 021 Mk.), Staatslotterien 3 600 825 (+ 791 590), Spielkartenstempel 356 887 (+ 29 937 Mk.), Wechselstempelsteuer 3 001 495 Mk. (+ 174 029 Mk.), Post- und Telegraphenverwaltung 97 179 596 Mk. (+ 4 061 086), Reichseisenbahnverwaltung 23 212 000 Mk. (+ 871 000 Mk.) Die zur Reichskasse gelangte Ist-Einnahme abzüglich der Ausfuhrvergütungen und Verwaltungskosten beträgt bei den nachbezeichneten Einnahmen bis Ende Juli 1896; Zölle 135 163 686 (+ 11 755 515), Tabaksteuer 2 804 476 (+ 129 166 Mk.), Zuckersteuer 30 486 444 Mk. (+ 4 383 786 Mk.), Salzsteuer 13 950 075 (+ 414 058 Mk.), Maischbottich- und Branntweinmaterialsteuer 5 435 342 (— 324 049 Mk.), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 33 451 726 (+ 622 259), Brennsteuer 558 087 Mk. (+ 503 992), Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier 9 822 968 Mk. (+ 393 152 Mk.); Summe 231 672 804 (+ 17 877 879), Spielkartenstempel 491 404 (+ 20 337 Mk.).

— „Die Kolonien nach Skandalgeschichten zu durchforschen", und die Schandthaten von Leuten wie Peters, Leist, Schröder zu enthüllen, das ist nach Ansicht der Kolonialfanatiker ein „Verbrechen an der nationalen Ehre". Diesen gehässigen Standpunkt vertritt in einem in der Stummschen „Pon" veröffentlichten Artikel ein Herr Franz Josef v. Bülow. Er warnt vor der „Sensationssucht in Kolonialsachen" und spricht sich grundsätzlich gegen öffentliche Behandlung der Kolonialskandale aus wie folgt:

„Diesem Uebereifer verdanken wir den Fall Leist, den Fall Wehlan, die gehässige Erörterung der ersten verfehlten Siedlungs-Gesellschaft für Klein-Windhoek und endlich den sogenannten Fall Peters. Wenn es auch keinem Zweifel unterliegen kann, daß es nicht nur wünschenswert, sondern nötig ist, daß Fälle wie der des Kanzlers Leist ihre Sühne finden, so war es doch sowohl in jenem wie in allen anderen Fällen ganz überflüssig, eine öffentliche Skandalgeschichte daraus zu machen, da die Behörden bereits die Untersuchung der Angelegenheit in die Wege geleitet hatten. Die Siedlungs-Gesellschaft war bereits neu konstituiert, und der Fall Peters, wie man ihn sehr unrichtigerweise zu nennen beliebte, war längst untersucht und erledigt worden, als Herr Franz Giesebrecht und der Reichstag sich der Sachen annahmen. Es war außerdem sehr unpolitisch, diese sogenannten Fälle der Kritik aller Welt, einer Welt, die in solchen abnormen Fällen nicht urteilsfähig ist, preiszugeben".

Nach der Ansicht des Herrn v. Bülow also hätte die Presse sich über diese sämtlichen Fälle ausschweigen und mit keinem Worte ihren Lesern mitteilen sollen, daß etwas faul in den Kolonien ist. Das wäre freilich eine bequeme Art, um unangenehmen Erörterungen aus dem Wege zu gehen.

Alle die Schändlichkeiten der Wehlan, Leist, Peters ꝛc., die Durchpeitschung und Vergewaltigung der Pfandweiber, die an den „Wilden" begangenen Mißhandlungen und Morde, sind geschehen, ohne daß darüber auf amtlichen Wege etwas bekannt wurde. Erst durch Veröffentlichungen in der Presse sind sie zur allgemeinen Kenntnis gelangt, und erst diese Veröffentlichungen haben zur disziplinarischen Bestrafung der Uebelthäter geführt.

Nicht genug damit, daß Herr v. Bülow der Presse aus dieser Pflichterfüllung einen Vorwurf macht, er versucht es noch gar, jene traurigen Helden wegen ihrer Scheußlichkeiten zu entschuldigen. Er spricht von der Widersetzlichkeit und Hinterlist der Neger, von ihren Unsitten und barbarischen Gebräuchen, denen gegenüber grausame Strafen unerläßlich seien und diese machten auf die Neger noch kaum Eindruck!!!

Wo bleibt da die Scham und die Vernunft?

Dortmund, 26. August. Auf dem Katholikentag in Dortmund fand am Dienstag die zweite geschlossene Generalversammlung statt. Abg. Dr. Porsch sprach über den katholischen Juristenverein und polemisierte gegen die gegen denselben gerichteten Angriffe.

Nach einem Vortrag des Prälaten Dr. Hülskamp Münster wurde eine Resolution angenommen, die die Katholiken auffordert, nur die katholische Presse durch Abonnement und Inserate zu unterstützen.

Alsdann wurde der Antrag auf Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes auf Antrag des Abg. Grafen Hompesch ohne Debatte einstimmig angenommen.

In mehreren Anträgen wurde die rückhaltlose Anerkennung der Gleichberechtigung der Katholiken mit den Andersgläubigen im staatlichen Leben gefordert. Sodann wurde eine Resolution angenommen, die zwar in dem Bürgerlichen Gesetzbuch wertvolle Verbesserungen des Eherechts anerkennt, aber daran festhält, daß die Gesetzgebung über die Eheschließung und die Ehetrennung nur der Kirche zusteht und der Staat Vorschriften über sie nicht anders als im Einverständnis mit der Kirche treffen darf. Weitere Verbesserungen der Ehegesetzgebung seien bis zur Erreichung dieses Zustandes anzustreben.

Eine weitere Resolution richtet sich gegen das Duell, verlangt unnachsichtige gerechte Bestrafung der Frevler und Uebertreter der Strafgesetze gegenüber den Roheiten der Raufbolde und das Verbot aller Zweikämpfe auch im Reichsheer und bei der Flotte nach dem Beispiel Englands. Die Ausschließung der Duellanten von allen öffentlichen und Gemeindeämtern sei empfehlenswert. Alle katholischen Studentenkorporationen seien zu ermuntern, im Kampfe gegen das Duellunwesen unentwegt auszuhalten und allen Anmaßungen und Bevorzugungen duellfreundlicher Korporationen auf den Universitäten fest entgegen zu treten.

Im weiteren wurde einem Antrage zugestimmt, in der die Generalversammlung vor der Auswanderung, angesichts der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse in Amerika und Australien, warnt und die Vorlage eines Reichsauswanderungs-Gesetzes erhofft, das auch das sittliche und materielle Wohl der Auswanderer sichert!!

Ferner wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Generalversammlung anläßlich der gegen die armenischen Christen verübten Greuel ihre Abscheu und Entrüstung ausspricht und aufs lebhafteste bedauert, daß keine der christlichen Mächte sich in wirksamer Weise der Armenier angenommen hat. Endlich wurde noch beschlossen: den italienischen Arbeitern in Deutschland religiöse Fürsorge angedeihen zu lassen.

In der zweiten öffentlichen Generalversammlung hielt Weihbischof Dr. Jockel-Paderborn einen Vortrag über die Aufgaben des Bonifacius-Vereins.

Rektor Dr. Hupport-Bensheim sprach über katholische Litteratur und Presse und kündigte einen Kreuzzug gegen die freie Kunst an. Der Redner bezeichnete es als Pflicht der Katholiken, nur katholische Zeitungen zu lesen. Es würde dadurch nur der Ruf des heiligen Vaters erfüllt: „In jedes katholische Haus eine katholische Zeitung". Der Redner empfahl im weiteren die ausschließliche Benützung der katholischen Jugend- und Unterhaltungslitteratur, die eine sehr reichhaltige sei. Er wendete sich des weiteren gegen die parteilose Presse, der jeder Mann von Charakter sein Haus verschließen müsse. Heutzutage müsse jeder Farbe bekennen, ob schwarz oder rot. Durch die sogenannte parteilose Presse vollziehe sich täglich eine furchtbare Volksvergiftung. Endlich wandte er sich gegen die die Sittlichkeit untergrabenden Colportage-Romane. Er freue sich, sagen zu können, daß gläubige Protestanten in dieser Beziehung seine Meinung teilen. Ungläubige Professoren werden sagen: Die Kunst ist Souverän. Er bemerke: „So lange es einen Gott giebt, muß sich alles beugen, auch die Kunst. (Beifall.) Und so lange es einen christlichen Staat giebt, ist ein Litteraturgesetz viel notwendiger als ein Jesuitengesetz. (Stürmischer Beifall.) Die Zeit sei jetzt für die Katholiken gekommen, um die litterarische Schlacht zu schlagen." Die Reaktion ist recht ungeniert und siegesfroh!

Bergmann Brust, Vorsitzender des Gewerkvereins der christlichen Bergleute, sprach dann über die Organisation der Berufsvereine und die Notwendigkeit der Erteilung von Korporationsrechten. Zwangsorganisation für die Arbeiter nach Art der beabsichtigten Organisation der Handwerker sei nicht zu empfehlen. Was für die Handwerker gut sei, passe noch lange nicht für die Arbeiter. Die Arbeiter-Zwangsorganisationen könnten dazu führen, daß die „größten Schreier" die Führung der Zwangsorganisationen übernehmen. Allein die größten Schreier haben keineswegs immer das erforderliche Verständnis für die Interessen der Arbeiter. Zur sozialen Gesetzgebung verlangt Redner, daß den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht bei Normierung der Löhne zustehe. Solches sei nur durch die Berufsorganisation zu erlangen nach dem Muster der englischen Gewerkschaften. In dem Gewerkverein christlicher Bergleute sei es zwischen den beiden dazu gehörenden Konfessionen noch niemals zu einem Mißton gekommen. Die Berufsvereine müßten interkonfessionell sein. Der Gewerkverein beabsichtige zu seiner nächstjährigen Generalversammlung die christlichen Bergleute aus ganz Deutschland einzuladen, um einen allgemeinen deutschen Gewerkverein christlicher Bergleute zu gründen. Der Gewerkverein könne weder mit den Sozialdemokraten, noch mit den glaubenslosen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen gemeinsame Sache machen. Er habe die Ueberzeugung, daß in nicht allzu langer Zeit die große Mehrheit der deutschen Arbeiter der Fahne des Christentums folgen und das Häuflein, das der Fahne des Umsturzes, der Fahne von Bebel und Liebknecht folge, immermehr zusammenschmelzen werde!!! Der Brust ist die bekannte komische Figur der rheinisch-westfälischen Bergarbeiterschaft, den niemand ernst nimmt. Er war seiner Zeit Vorsitzender der Versammlung, aus der Schröder und andere sozialdemokratische Bergleute hinausgewiesen wurden, wobei es zu Thätlichkeiten kam, die den bekannten Meineidsprozeß veranlaßten.

Prof. Dr. Mansbach-Münster sprach über die Bedeutung des katholischen Ordenslebens, das eine Art gesellschaftlicher Ordnung sei. Fabrikant Vogeno-Haaren bei Aachen sprach über die Rechte und Pflichten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wetterte gegen das liberale Manchestertum und verlangte volle Sonntagsruhe. Die Industrie dürfe den Lohn nicht so niedrig bemessen, daß Frau und Kinder genötigt sind, ebenfalls in der Fabrik zu arbeiten. Alle Arbeiter möchten dem Verband Arbeiterwohl beitreten.

Hannover, 26. August. Eine öffentliche Versammlung ein politischer Verein! Am Sonnabend abend hatten die Buchbinder hier eine öffentliche Versammlung der in Buchbindereien beschäftigten Personen einberufen, um über den in Stuttgart ausgebrochenen Streik ihrer Kollegen zu beraten und Stellung dazu zu nehmen. Aber die Polizeibehörde muß wohl anderer Meinung über die Zusammenkunft der Buchbinder gewesen sein; denn nachdem das Bureau gewählt war, forderte der überwachende Beamte den Leiter der Versammlung auf, die anwesenden Arbeiterinnen zum Verlassen der Versammlung zu veranlassen. Als der Vorsitzende mit dem Hinweise darauf, daß die Versammlung eine öffentliche sei, sich weigerte, der Aufforderung des Beamten nachzukommen, erklärte dieser die Versammlung für aufgelöst, da die Versammlung ein „politischer Verein" sei.

Ein Bravo dem Herrn v. Bennigsen, dem Freiheitskämpfer, unter dessen Aegide so etwas in Deutschland passieren kann.

Kiel, 25. August. Dem Herrn Lorentzen, dem jüngsten Drachentöter, ergeht es immer schlechter: er wird unabänderlich zum Ritter von der traurigen Gestalt. Zu einem vernichtenden Urteil über ihn ist nun auch jener Teil der Arbeiterschaft gelangt, auf den er mit seiner Subelei wohl vornehmlich spekuliert hatte.

Hatte schon der evangelische Jünglingsverein sein Mitglied Lorentzen energisch abgeschüttelt, so können wir heute von einer ähnlichen, nur noch entschiedeneren Exekution, die an dem Herrn von den Hirsch-Dunckerschen vollzogen worden, berichten. Die bürgerliche „Kieler Zeitung", in dieser Angelegenheit gewiß eine einwandfreie Zeugin, schreibt in einem Berichte: Die gestern Abend in der Holstenhalle abgehaltene Versammlung des Ortsvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Besprechung einer von einem hiesigen Werftarbeiter geschriebenen Broschüre: Die Sozialdemokratie in der Theorie und Praxis. An eine von einem Mitgliede geübte Kritik derselben schloß sich eine über zwei Stunden währende Debatte, die noch um so interessanter wurde, als der Verfasser selbst und auch einige Mitglieder des evangelisch-sozialen Arbeitervereins der Versammlung beiwohnten, von denen namentlich der erstere an der Besprechung seiner Schrift den eifrigsten Anteil nahm. Im Laufe der Besprechung wurde von allen Seiten angeführt, daß man die Verantwortung für dasjenige, was Lorentzen über die Sozialdemokratie geschrieben, ihm selbst überlassen müsse, daß aber der Teil, der über die Arbeiterschaft im allgemeinen urteilt, nur auf das schärfste verurteilt werden müsse, denn derselbe enthalte die unglaublichsten Uebertreibungen und Entstellungen .... Wenn Herr Lorentzen gerecht geurteilt hätte, müßte es ihm nicht entgangen sein, daß auch in den höheren Ständen die von ihm dem Arbeiterstande nachgesagten Unsitten und moralischen Mängel vorhanden seien. In der Broschüre stehe davon aber sehr wenig oder gar nichts. Die Versammlung war der allgemeinen Ansicht, daß Herr Lorentzen mit seiner Broschüre die Sozialdemokratie habe treffen wollen. In Wirklichkeit habe er aber den deutschen Arbeiterstand, dem er selbst angehöre, öffentlich beschimpft und mit Schmutz beworfen.

Folgende Stelle aus der Broschüre Lorentzens, in welche er sein sozialpolitisches Licht leuchten läßt, sei hier noch mitgeteilt: „Normalarbeitstag ist Normalunsinn! Denkt euch einmal den Fall: Ein Bauernknecht dürfte täglich nur 8 Stunden arbeiten, was sollte dann wohl überhaupt bei den Bauern gemacht werden, denn 4—5 Stunden verbringt der Knecht ja allein mit Füttern und sonstigen Stallarbeiten. Wann sollte dann wohl das Land gepflügt werden? Würde der Bauer unter solchen Verhältnissen bei schlechter Witterung sein Heu und Korn unter Dach bringen können? Denken wir nun aber einmal an die von Sozialdemokraten mitgeforderte Sonntagsruhe! Sollten auch wohl am Montag des Bauern Pferde arbeiten können, nachdem sie den Sonntag wegen der Sonntagsruhe der Knechte hätten hungern müssen? Also behaupte ich nochmals: Der Achtstundentag mit allem, was drum und dran hängt, ist ein kolossaler Blödsinn, der nur von gewissenlosen Agitatoren aufgebracht worden ist, um das Volk gegen die heutige Gesellschaftsordnung zu hetzen."

Und von solchen Albernheiten erhofft die Bourgeoisie die Vernichtung der Sozialdemokratie!!

Aus dem Auslande.

Frankreich. Paris, 25. Aug. Knüttelkampf gegen die Sozialdemokratie. Im Kohlenrevier von Pas-de-Calais hat wiederum ein planmäßig vorbereiteter Ueberfall gegen Sozialisten stattgefunden. Die tapferen Genossen Ghesquiere und Devernay haben sich durch die Brutalitäten von Billy-Montogny nicht einschüchtern lassen. Am letzten Sonntag hielten sie abermals in jener Gegend, im Dorfe Wahagnies (bei Lens), eine Versammlung ab. Alles verlief ruhig, da die Versammlung von einer zahlreichen sympathischen Zuhörerschaft besucht

war. Als aber Ghesquiere und Devernay, von wenigen Genossen begleitet, sich auf dem Wege nach dem von Wahagnies ein paar Kilometer entfernten Bahnhof befanden, wurden sie von einer 300—400 Mann starken Bande überfallen. Die Angreifer, von Grubenangestellten kommandiert, wüteten um so brutaler, als sie stark besoffen waren. Die Zeche hatten zweifelsohne die Agenten der Unternehmer bezahlt. Mehrere Genossen wurden schwer verwundet, insbesondere Ghesquiere, der mit knapper Not von den Kameraden gerettet wurde. Er liegt jetzt in starkem Fieber infolge einer schweren Kopfwunde. Und die Polizei? Trotzdem sie von dem geplanten Ueberfall wissen mußte, erschien sie erst an Ort und Stelle, nachdem das schlimmste geschehen war, und auch dann zeigte sie sich ihres Oberchefs, des Ministers Barthou, durchaus würdig: sie verhaftete keinen einzigen der Wegelagerer, dafür aber den Genossen Devernay, der allerdings sofort freigelassen werden mußte. Wie hätte sie auch anders handeln können, nachdem die Regierung durch die Nichtverfolgung der Aufhetzer und Knüttelhelden von Billy-Montogny die sozialistischen Agitatoren recht eigentlich außerhalb des Gesetzes erklärt hatte! Eine Untersuchung war nicht einmal zum Schein angeordnet worden. Dasselbe wird wohl auch diesmal der Fall sein. Sprechen doch die nüchternen Zeitungsknechte der Bourgeoisie mit unverhohlener Schadenfreude und Genugthuung von den bestialischen Thaten ihrer besoffenen Mitknechte. Die aus Angst vor dem Sozialismus auf den Knüttelstandpunkt herabgesunkene „öffentliche Meinung" würde also eine Verfolgung der handfesten Sozialistentöter sehr übel nehmen. Sie sind einander wert, Herr Barthou und die Knüttelpresse!

Unsere Genossen werden aber trotz alledem die Agitation unter den Grubenarbeitern fortsetzen. Sie lassen sich die Versammlungs- und Redefreiheit nicht nehmen. Dies die Erklärungen des Genossen Devernay im Generalrat des Norddepartements, wo es anläßlich des vorgestrigen Ueberfalls zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen den sozialdemokratischen Mitgliedern und dem Präfekten kam. Devernay fügte noch hinzu, er werde vorkommenden Falles vom Rechte der Notwehr Gebrauch machen und den Knüttelhelden mit dem Revolver entgegentreten.

Türkei. Ein Aufruhr der Armenier ist am Mittwoch Nachmittag in Konstantinopel ausgebrochen. Folgende natürlich mit äußerster Vorsicht aufzunehmende Drahtnachrichten liegen vor:

Das W. T. B. meldet:

Die Armenier machten 1/21 Uhr nachmittags einen Angriff auf die Ottomanbank, wobei einige Wärter und Beamte getötet wurden. Hierdurch wurden Unruhen und Plünderungen in Galata und Tophane veranlaßt. Polizei und Militär sind aufgeboten. Es herrscht große Panik. Alle Geschäfte sind geschlossen. Die Zahl der bei den Unruhen Getöteten und Verletzten ist erheblich.

Viel ernster sieht die Sache schon nach einer zweiten Depesche aus:

Das „Reutersche Bureau" meldet: Eine Anzahl armenischer Revolutionäre bemächtigte sich Mittwoch Nachmittag 1½ Uhr des Gebäudes der Ottomanbank und tötete die Gendarmen, welche dasselbe bewachten. Nachher feuerten die Armenier aus den Fenstern und vom Dach auf die Polizei. Das Gebäude ist noch in ihrem Besitz. — In später Abendstunde brachen gleichzeitig in anderen Stadtvierteln Unruhen aus, welche den ganzen Abend hindurch dauerten. In Pera, nahe bei dem Wachthause von Galata Serai, explodierte eine Bombe. Mehrere Soldaten wurden getötet und verwundet. Das englische Wachtschiff „Dryad" ging von Therapia nach Konstantinopel ab; die französischen und italienischen Wachtschiffe werden dasselbe Donnerstag früh thun.

Nach einer Privatmeldung der „Voss. Ztg." herrschte seit 2 Uhr nachmittags Revolution in Galata. Die Ottomanbank wurde von Armeniern mit Bomben beworfen; es ist eine allgemeine Schießerei und Schlächterei. In Psamotia liegen viele Hundert Tote. Am Brückenkopf von Stambul ist ebenfalls Metzelei. Der türkische Pöbel, mit Messern und Prügeln bewaffnet, greift die armenischen Häuser an und stürzt die Abgeschlachteten zum Fenster hinaus. Polizei und Militär steht thatenlos in den Straßen, die voll Karren mit Leichen sind. Um 4 Uhr wurden französische Matrosen zum Schutze der Botschaft ausgeschifft.

Am Donnerstag Nachmittag sind noch folgende durch Vermittelung des Wiener offiziösen Korrespondenzbureaus verbreitete Nachrichten eingegangen:

Im Verlaufe der Unordnungen wurden der Portier und zwei Beamte der Ottomanbank getötet und der Kassierer schwer verwundet. Nach Angaben der türkischen Polizei wurde auch aus armenischen Häusern geschossen. Die Polizei erwiderte das Feuer, welches bis in die späten Nachmittagsstunden dauerte, wagte jedoch nicht, ohne die Intervention der Konsuln in die Häuser einzudringen. Die Armenier, deren man habhaft wurde, wurden niedergemacht. Die mohamedanische Bevölkerung rottete sich, mit Knütteln bewaffnet, zusammen. Nach 3 Uhr nachmittags begannen die Unruhen in Tophane und die Plünderung armenischer Geschäfte in Galata. In unmittelbarer Nähe der österreichisch-ungarischen Botschaft in Stambul fand eine Ansammlung statt, die das Militär zu zerstreuen suchte. Nach Angabe von Augenzeugen verhielten sich Militär und Polizei unthätig. Im Lyceum von Galata-Serai wurde eine Bombe geworfen, durch deren Explosion zwei Menschen getötet und mehrere hundert verwundet wurden. Die Toten und die Verwundeten wurden auf Lastwagen fortgeführt. Alle Geschäfte in Pera, Galata und Stambul wurden geschlossen. Von 6 Uhr abends an durchstreiften mit Knütteln bewaffnete Mohamedaner alle Straßen. Die Flüchtlinge wurden verfolgt. Für die Nacht wurden große Metzeleien befürchtet; die österreichisch-ungarische Post in Stambul ist gesperrt, und das Postamt in Galata wird von Matrosen des „Tauris" bewacht. Die Ursachen der Unruhen lassen sich augenblicklich nicht vollkommen ergründen, auch die Ausdehnung derselben ist noch nicht festzustellen, da aus vielen armenischen Vierteln jede Nachricht fehlt. Zahlreiche Straßen sind abgesperrt. Viele Offiziere retteten Armenier. Gerüchtweise verlautet, daß Albanesen den Angriff auf die Ottomanbank ausgeführt haben, nach anderen Angaben sollen Kurden die Angreifer gewesen sein. (?) Die Panik unter den Europäern ist groß.

Die Pariser Direktion der Ottomanbank teilt folgende Depesche mit, welche ihr in der Nacht zum Donnerstag von der Direktion der Ottomanbank in Konstantinopel zugegangen ist: „Dank der energischen thatkräftigen Intervention des Sultans sind die gestrigen Zwischenfälle glücklicherweise beendet. Wir sind alle vollkommen gesund".

Aus diesen Nachrichten läßt sich noch nicht ersehen, ob dieser Aufruhr weitgehende Folgen haben wird. Wir enthalten uns jeglicher Vermutung darüber.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 28. August.

— **Lese- und Diskutierklub.** Infolge der Aufforderung in der Dienstag-Nummer der „Volkswacht" hatten sich eine Anzahl Genossen gestern Abend zusammengefunden. Es wurde zur Gründung eines Lese- und Diskutierklubs geschritten, welcher den Namen Einheit erhielt. Zum Diskussionsleiter wurde Genosse Hoffmann, zum Schriftführer Genosse Memmler gewählt. Der Klub tagt alle Donnerstag Abend 9 Uhr in der Centralhalle. Wir wünschen demselben ein recht kräftiges Gedeihen.

— **Polizeiliches.** In der Zeit vom 22.—24. d. Mts. wurde aus einem Neubau, an der Gr. Kürfurstenstraße, eine Lötlampe, welche mit Benzin genährt wird, und ein Meißel entwendet. Der Dieb wurde nicht ermittelt. — Von einem Neubau am Bürgerweg wurde gestern Nachmittag ein Spaten gestohlen. Der Thäter wurde in der Person eines Handlangers ermittelt, und ist derselbe verdächtig, noch mehr Handwerkszeug gestohlen zu haben. Die Bestohlenen wollen dies im Polizei-Kommissariat, Klosterstraße 6, zur Anzeige bringen. — Wegen Bedrohung, Trunkenheit und Mißhandlung seiner Ehefrau mußte ein Schuhmacher, Wertherstraße, verhaftet werden. — In der Nacht zum 2. August wurde in der Oberwallstraße eine Fensterscheibe in einer Fabrik absichtlich zertrümmert. Als Thäter ist der Arbeiter Sch., Notpfortenstr., ermittelt. — Bei der Schützenfestnachfeier wurde ein hiesiger Kommis durch Stockschläge ziemlich erheblich verletzt. Der bisher nicht erkannte Thäter wurde nunmehr in der Person eines Malergehilfen ermittelt.

Gadderbaum, 28. August. Morgen Abend findet im Lokale des Herrn Brackstek eine öffentliche Holzarbeiterversammlung mit der bekannten Tagesordnung statt, worauf wir besonders aufmerksam machen. (Siehe Inserat.)

Brackwede, 27. August. Zur bevorstehenden Kirmeß seien die Parteigenossen noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß der einzige Wirt in Brackwede, welcher den Arbeitern seinen Saal zu politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen zur Verfügung stellt, der Wirt Wehmeyer ist.

Ostwig, 23. August. Unglück. Gestern Abend fiel ein hiesiger Tagelöhner, welcher auf dem Hausboden des Landwirts M. mit Heuherunterwerfen beschäftigt war, durch die Bodenluke hinunter auf die Tenne und erlitt dabei so schwere innere Verletzungen, daß er noch in der Nacht verstarb.

Papenburg, 26. Aug. Ein schweres Unglück beschloß den gestrigen ersten Markttag. Zwei Zwillingsbrüder von etwa 18 Jahren, namens Wortmann von Völlnerkönigssehn, welche des Morgens gegen 4 Uhr vom Markte nach Hause zurückkehrten, hatten die Altmeppensche Schleuse zu passieren. Beim Ueberschreiten hatte der eine das Unglück, auszugleiten und in den Kanal zu fallen. Sofort sprang der andere Bruder nach, um ihn zu retten. Während jedoch der erstere von zu Hilfe geeilten Leuten glücklich dem Wasser entzogen wurde, gelang es nicht, letzteren ebenfalls zu retten, so daß dieser ein Opfer der Bruderliebe wurde. (M. A.)

An die Parteigenossen des östlichen Westfalens und der beiden lippischen Fürstentümer.

Genosse Herbert schreibt uns, daß er erst am Mittwoch, 9. September, seine Agitationstour beginnen kann, so daß sein erster Vortrag Donnerstag, 10. September, stattfinden kann. Wir bitten daher die Parteigenossen an allen Orten, wo uns Säle zu Versammlungen zur Verfügung stehen, sich so schnell wie möglich über das Datum einer bei ihnen anzuberaumenden Versammlung schlüssig zu machen und uns davon in Kenntnis zu setzen. Die Briefe sind zu senden an G. Slomke, Webereistraße. Selbstverständlich werden die Wünsche der einzelnen Ortschaften, soweit es möglich ist, berücksichtigt werden. Auch Genosse Schumann wünscht bald benachrichtigt zu werden, welche Orte Berichterstattung über den Londoner Kongreß von ihm verlangen. Eventuell könnte Schumanns Berichterstattung mit des Genossen Herberts Versammlungen verbunden werden.

Diejenigen Parteigenossen, welche noch Gelder oder Listen für die Delegationskosten nach London in Händen haben, werden ersucht, dieselben schleunigst an den Kassierer, C. Hoffmann, Schulstraße 20, zu schicken. Auch die Listen, auf welche nichts gezeichnet ist, müssen behufs Abrechnung zurückgeschickt werden.

Gleichzeitig benachrichtigen wir die Parteigenossen, daß die letzte Agitationsbrochüre „Vaterland und Sozialdemokratie" überallhin zur Versendung gelangt ist. Die nächste Agitationsbroschüre wird in der zweiten Hälfte des September zur Ausgabe gelangen.

Das Agitationskomitee:
C. Hoffmann. P. Reichenbach. C. Schreck. B. Schumann. G. Slomke.

Kunst und Litteratur.

Paul Kampffmeyer, Geschichte der modernen Gesellschaftsklassen in Deutschland. Berlin 1896. Verlag: Expedition der Buchhandlung des „Vorwärts" (Th. Glocke). VI und 174 S. 8°.

Ueber diese Schrift äußert sich Bruno Schönlank in der „Leipz. Volkszeitung" folgendermaßen:

Ein bisher nur spärlich bebautes Feld der Gesellschaftswissenschaft ist die Seelenkunde der verschiedenen Klassen. Wir stehen noch in den ersten Vorarbeiten. Die Voraussetzung zu einer umfassenden Erforschung der Klassenpsychologie ist eine auf wirtschaftsgeschichtlicher Grundlage aufgebaute Kulturgeschichte Deutschlands. Und diese muß erst geschrieben werden. Deshalb müssen alle Beiträge zur Erkenntnis des sozialen Lebens, des Denkens und Fühlens der Klassen, noch Stückwerk bleiben.

Jeder Versuch aber, für die Zukunft Baustoff beizutragen, ist dankenswert, wofern er die Thatsachen gut sichtet, gründlich prüft, sorgsam abwägt und den Gang der Entwickelung unter einem großem Gesichtspunkt betrachtet. Die kleine Schrift Paul Kampffmeyers, die wirtschaftshistorische Daten zur Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland übersichtlich zusammenstellt, kann als ein dankenswerter Beitrag zur Geschichte des Kapitalismus begrüßt werden.

Der Verfasser kennzeichnet seine Arbeit als einen „Versuch, ... die Gedanken und den Herzschlag der Massen und Klassen zu belauschen". Mit vielem Fleiße ist als Ergebnis eindringlicher Studien ein geschichtlich-ökonomischer Abriß der Geschichte der bürgerlichen Klassen Deutschlands in leichten, gefälligen, sauberen Linien entworfen worden. Marx ist es, so sagt Kampffmeyer, dem er den Grundgedanken seines Buches verdankt.

Aus der einschlägigen Litteratur hat der Verfasser die zahlreichen und unterrichtenden Angaben und Einzelheiten mit anerkennenswertem Spürsinn herausgeholt und sie zu einem anmutenden Mosaikbildchen zusammengefügt. Wir haben hier einen volkstümlichen und zuverlässigen Leitfaden, der in großen Zügen die verschiedenen Perioden der deutschen Wirtschaftsgeschichte vorführt und nicht bloß durch seine Hinweise auf die benutzten Quellen zu weiterem Studium dieser Fragen anregt.

Das Werkchen ist angenehm und flüssig geschrieben und verdient es, als wirtschaftshistorisches Lesebuch allen denen empfohlen zu werden, die sich über die Entstehungsgeschichte der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland vom Verfalle der feudalen Ordnung als bequem unterrichten wollen.

Schlicht und klar werden die einzelnen bedeutsamen Partien des ökonomischen Prozesses aufgezeigt. Kampffmeyer hat nicht ohne Nutzen seinen Justus Möser und Gustav Freytag, diese großen Sittenschilderer, gelesen. Er weiß die Vergangenheit mit wenigen Strichen zu beleben, mag er nun die Zersetzung der Markgenossenschaft, die Sturm- und Drangzeiten der Reformation oder das Bauernlegen, die Aera des aufgeklärten Absolutismus oder die Entwickelung der Großindustrie beschreiben. Nur eines hätten wir einzuwenden: der Titel ist für die „Kärrnerarbeit" zu stolz, er verheißt zu viel. „Zur Geschichte usw." hätte er heißen müssen.

Fügen wir hinzu, daß der Stoff lichtvoll eingeteilt und angeordnet ist, und daß der Verlag sich bemüht hat, durch schmucke Ausstattung und guten Druck dem bewährten Muster unseres trefflichen J. H. W. Dietz zu folgen. Das Büchelchen sei auf das beste empfohlen.

Die Hoffnung sei zum Schlusse noch ausgesprochen, daß Kampffmeyer diese Schrift nur als den Anfang zu größeren kulturgeschichtlichen Arbeiten betrachten möge. Es ist erfreulich, daß er nicht mehr schmollend zur Seite steht und seine Feder so in den Dienst des Sozialismus stellt. Wie kommt dieser wirtschaftsgeschichtliche Saul überhaupt unter die anarchistischen Propheten?

Gerichtliches.

** **Bielefeld,** 26. August. Strafkammer. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Löher. Vertreter der Staatsanwaltschaft: Assessor Butz. — Der Zigarrenarbeiter Wilhelm Ebert zu Herringhausen war vom Schöffengericht zu Herford wegen gefährlicher Körperverletzung mit 2 Monaten Gefängnis bestraft. Gegen dieses Urteil hatte sowohl der Angeklagte als auch der verletzte Zigarrenarbeiter Aßler aus Herringhausen als Nebenkläger Berufung eingelegt. Auf Grund der heutigen Beweisaufnahme wurde das erste Urteil aufgehoben und der Angeklagte zu einer Geldstrafe von 50 Mark ev. 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Nebenkläger wurde mit seiner Berufungsklage abgewiesen und wegen dringenden Verdachtes des Meineides in Haft genommen. — Der 16 Jahre alte Kaufmannslehrling Theodor Holle zu Bielefeld ist geständig, in der Zeit von September 1895 bis Mai d. Js. verschiedene Gelegenheitsdiebstähle durch Wegnahme kleinerer Geldbeträge ausgeführt zu haben. Der eine Diebstahl charakterisierte sich als schwerer, die beiden anderen sind einfache Diebstähle. Es wird gegen ihn auf eine Gesamtstrafe von zwei Monaten Gefängnis erkannt. — Der Handelsmann Heinrich Scheer aus Osnabrück hat einen Wandergewerbeschein gefälscht und damit den Hausierhandel mit Bildern betrieben. Er erhält wegen der Urkundenfälschung einen Monat Gefängnis und wegen Gewerbesteuerkontravention eine Geldstrafe von 96 Mark event. 16 Tage Haft. — Der Dachdecker Kuff aus St. Hubert, welcher zur Zeit zwei Jahre Zuchthaus verbüßt, hat bei günstiger Gelegenheit sich in Minden in ein Haus geschlichen und Kleidungsstücke, drei Ueberzieher, Hosen und Westen, von nicht unbedeutendem Werte, gestohlen. Er ist rückfälliger Dieb und wird zu einer Zusatzstrafe von 8 Monaten Zuchthaus verurteilt. — Der Steinsetzer August Schröder von hier ist geständig, einem Mitarbeiter am 23. Mai d. J. zwei Zwanzigmarkstücke gestohlen zu haben. Er ist wiederholt rückfälliger Dieb und hat diesen Diebstahl mit 9 Monaten Gefängnis zu büßen. — In einem anderen Falle wurde der Schneider Eduard Boltmann von hier von der Anklage des Diebstahls freigesprochen.

** **Bielefeld,** 26. August. Schöffengericht. Vorsitzender: Amtsrichter Schulz. Der domizillose Maler Ober aus Magdeburg, vorbestraft unter anderem wiederholt wegen Bettelns, wird wegen Bettelns mit 4 Wochen Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde bestraft. — Wegen Erregung ruhestörenden Lärmes stand unter Anklage der Maurer Hermann Luft von hier. Das Urteil lautete auf eine Geldstrafe von 5 Mark bezw. auf 1 Tag Haft. — In zwei Fällen gegen auswärtige Lotteriekollekteure wird wegen Lotterievergehens auf Freisprechung erkannt, zwei weitere Sachen werden vertagt.

Vermischtes.

Durch Gas erstickt sind in Sestao (Bilbao) vier Arbeiter. Dort sollte in einer Fabrik ein Gasbehälter gereinigt werden; doch war man offenbar nicht vorsichtig genug gewesen; denn sobald die Arbeiter hineinstiegen, wurden sie durch das noch darin befindliche Gas getötet. Auf diese Weise erstickten 4 Mann, die übrigen 6 konnten noch lebend wieder herausgezogen werden, doch ist ihre Rettung noch zweifelhaft.

In der Kathedrale zu Toledo ist das Heiligenbild der Virgen del Sagrario, der Schutzpatronin der Stadt, seines

Schmuckes von Geschmeiden und Edelsteinen im Werte von 300 000 Pesetas beraubt worden. Es soll dies bereits das dritte Mal sei, daß ein derartiger Diebstahl stattfindet.

Quittung.

Für das Agitationskomitee des östlichen Westfalens wurden mir übergeben: Von den Zigarrenarbeitern der Fabrik Borns und Fischer 5,— Mk.

C. Hoffmann, Kassierer, Schulstraße 20.

Quittung.

Für die im Ausstand befindlichen Kopkaschen Tischler gingen ein aus Bünde durch Genossen Schreck 6,— Mk., bisher waren quittiert 2650,54, zusammen 2656,54 Mk.

Ich fordere noch ein Mal alle diejenigen, welche noch Sammellisten in Händen haben, auf, mir diese unverzüglich zwecks Abrechnung zuzusenden.

Gewerkschaftskartell Herford: H. Linnenbröker.

Briefkasten der Redaktion.

H. S., Schildesche. Ab Andreasberg 5,24 früh über Scharzfeld, Ottbergen, Altenbeken, Herford. Ankunft in Bielefeld 2 Uhr nachmittags.

H. K. 100. Ueber Löhne, Goslar, Halle, Leipzig, Oschatz. Sie fahren 12,58 mittags von hier fort, sind nachts 12,52 in Leipzig, haben dort Aufenthalt bis 5,20 und sind um 7,19 in Schweta. Nach Leipzig kostet das Billet 4. Klasse 7,60 Mark, von dort 3. Klasse 2,60 Mark.

Bekanntmachung

betreffend

Uebernahme des Heilverfahrens

seitens der

Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Westfalen.

Die Invaliditäts- und Alters-Versicherungs-Anstalt Westfalen übernimmt in den ihr geeignet erscheinenden Fällen das Heilverfahren in Gemäßheit des § 12 des Reichsgesetzes betr. die Invaliditäts- und Alters-Versicherung vom 22. Juni 1889 bezw. die Kosten desselben unter den folgenden Voraussetzungen bezw. Bedingungen:

1) Der Betreffende muß als Versicherter im Sinne des § 1 des Gesetzes der diesseitigen Versicherungsanstalt angehören. Ist er früher bei einer anderen Anstalt versichert gewesen, so bleibt die Entschließung von Fall zu Fall vorbehalten.

Die Erfüllung der Wartezeit von 235 Wochen wird im allgemeinen nicht gefordert.

Es ist auch ferner nicht erforderlich, daß der Betreffende der reichsgesetzlichen Krankenfürsorge nicht unterliegt.

2) Wesentliche Voraussetzung ist, daß als Folge der Erkrankung Erwerbsunfähigkeit zu besorgen ist, welche einen Anspruch auf Invalidenrente begründen würde.

3) Der Erkrankte ist verpflichtet, mindestens einen Teil der Kosten zu übernehmen, sofern er hierzu im stande ist.

4) Gehört der Erkrankte einer Krankenkasse an, so wird von beiden verlangt, daß letztere den Betrag der Aufwendungen, welchen sie für ersteren statutengemäß bezw. gesetzlich zu machen hat, an die diesseitige Kasse abführt. Eine etwaige, von der Krankenkasse an die Familienangehörigen zu zahlende Unterstützung bleibt hiervon unberührt. Auch nimmt die Versicherungsanstalt von jenem Betrage nicht mehr als 1,50 Mk. pro Tag für sich in Anspruch, indem sie damit einverstanden ist, daß ein etwaiger Ueberrest den Familienangehörigen gelassen wird.

5) Der Erkrankte hat vor der Einleitung des Heilverfahrens auf die Rente, welche ihm event. für die Dauer des letzteren zustehen möchte, zu verzichten.

Demgemäß ist einem — direkt oder durch Vermittelung der Ortsbehörde oder der Krankenkasse bei uns zu stellenden — **Antrage auf Einleitung des Heilverfahrens beizufügen:**

Zu 1: die in den Händen des Erkrankten befindliche Quittungskarte. Sollte dieselbe aus irgend einem Grunde nicht beigefügt werden können, so wäre wenigstens das Geburts-Datum und der Name der Versicherungsanstalt anzugeben, auf welchen die Karten ausgestellt sind.

Zu 2: eine ärztliche Bescheinigung über die Art des Leidens, das anzuwendende Heilverfahren, und dessen voraussichtliche Dauer. Gleichzeitig wäre in derselben zu erklären, es könne mit einiger Bestimmtheit oder wenigstens Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß infolge jenes Heilverfahrens die Erwerbsbeschränkung so weit gehoben werde, daß der Betreffende demnächst wieder befähigt erscheine, durch eine seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Lohnarbeit dauernd, d. h. für absehbare Zeit, 1/3 des ortsüblichen Tagelohns zu verdienen.

Bei Lungenkranken, für welche eine Kur in St. Andreasberg im Harz vorgeschlagen wird, würde es sich empfehlen, für den Fall, daß eine Unterbringung dort wegen Ueberfüllung zur Zeit nicht möglich sein sollte, noch eine andere Kur, sofern eine solche in Frage kommen könnte, in Vorschlag zu bringen. Kosten für dieses Attest übernimmt die Versicherungsanstalt nicht.

Zu 3: Erklärung der Ortsbehörde oder der Krankenkasse, daß der Betreffende die Kosten des Heilverfahrens selber nicht tragen könne.

Sofern er nicht einmal zur Bezahlung der Reisekosten imstande ist, würde die Bescheinigung sich auch hierauf zu erstrecken haben.

Zu 4: Einwilligungserklärung des Erkrankten und Bereitwilligkeitserklärung des Vorstandes der Krankenkasse, den Betrag der statutenmäßigen Aufwendungen bis zum Höchstbetrage von 1,50 Mark pro Tag an die Versicherungsanstalt abzuführen. Zweckmäßig ist hierbei, sofort einen bestimmten Betrag, welcher abgeführt werden soll, anzugeben.

Zu 5: eine Verzichtleistungserklärung des Erkrankten auf Rente in dem oben angegebenen Sinne.

Sofern der Antrag nicht von dem Erkrankten selber gestellt wird, ist von diesem auch noch eine Erklärung dahin beizubringen, daß er bereit ist, sich dem vorgeschlagenen Heilverfahren zu unterziehen.

Münster i. W., den 4. Juli 1896.

Der Vorstand
der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Westfalen.
Landeshauptmann, Geheimer Ober-Regierungsrat **Overweg,**
Vorsitzender.

Vorstehende Bestimmungen bringen wir hiermit mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntnis, daß sich solche erkrankte Versicherte, für welche infolge der Krankheit demnächstige Erwerbsunfähigkeit zu besorgen ist, im Rathaus-Zimmer Nr. 13 zu melden haben.

Wir weisen darauf hin, daß für gewöhnlich, namentlich bei Lungenkrankheiten von der Durchführung des Heilverfahrens ein Erfolg nur dann erwartet werden kann, wenn die Krankheit im Anfangsstadium sich befindet. Es empfiehlt sich daher, dem Antrag so zeitig zu stellen, daß noch mit einiger Bestimmtheit eine Heilung bezw. Besserung zu erwarten ist.

Bielefeld, den 27. Juli 1896.

Der Magistrat.

Gadderbaum. Oeffentliche Gadderbaum.

Holzarbeiter-Versammlung

am Sonnabend, den 29. August 1896, abends 8½ Uhr,
im Lokale des Herrn **Bracksiek,** Hallerweg.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen G. Slomke: **Wie stellen sich die Holzarbeiter zu einer Lohnbewegung im Frühjahr 1897.**
2. Diskussion. [2091

Alle Holzarbeiter antreten!

Kollegen! Es ist notwendig, daß in dieser Versammlung alle im Bezirke wohnenden Holzarbeiter zahlreich erscheinen. Die vielen Lohnbewegungen müssen euch die Augen darüber geöffnet haben, daß ihr nicht die Hände mutlos in den Schoß legen dürft, wenn ihr euch nicht der Uebermacht des Kapitals schutzlos ausliefern wollt. Ein vollzähliges Erscheinen erwartet daher

Der Einberufer.

Lassalle-Feier

im Hellingskrug

Sonntag, den 30. August, von nachmittags 4 Uhr ab,
bestehend in

Konzert, Gesangvorträgen mehrerer Gesangvereine, **Massengesängen, Kinderbelustigung.**

Abends findet ein **Kinder-Fackelzug** im Garten statt.

2074] **Das Fest-Komitee.**

Theater

am Sonntag, den 30. August 1896,
im Etablissement des Herrn **C. Israel (Centralhalle).**
Auf allgemeines Verlangen zum zweiten Male:

„Die Moralisten"

oder [2095

Die Fronde Hammerstein.

Von **F. Pastor.**

Zum Schluß **Lebende Bilder:**

1) Auf Korfu; 2) Die Verhaftung; 3) Im Gefängnis.

Alles nähere durch die Zettel.

Es ladet freundlichst ein
Der Theaterklub „Vorwärts".

Sonntag, den 30. August:

Ziegler-Ball

Anfang 4 Uhr. [2088

Es ladet ein **J. H. Gröppel,** Ziegelstraße.

Achtung! Herford!

Stiftungsfest

des [2086

Holzarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Herford
am Sonntag, den 30. d. M., im Lokale des Herrn **Ströter,**
bestehend in

Konzert, Theater und Ball.

Anfang 4 Uhr.

Die Kollegen der umliegenden Zahlstellen sind hierzu freundlichst eingeladen.

Brackwede.

Barverkauf mit Rabattsparsystem.

Empfehle zu sehr billigen Preisen schöne **Damen- und Kinder-Schürzen, Kleidchen, Lätzchen, Korsetts, Handschuhe, Damen-Tücher,** Broschen, Ketten, **Rüschen und Spitzen-Kragen.**

Noch vorrätige **Sommer-Unterröcke für Damen und Kinder** gebe zu herabgesetzten Preisen ab.

Porzellan- und **50 Pfennig-Artikel** in schöner Auswahl. 2078

Frau E. Löhnberg.

Neu erschienen:

Die Freimaurerei.

Ihre Geschichte, Thätigkeit
und innere Einrichtung
von **Joh. Fassenbach.**

Preis 40 Pfg. **Preis 40 Pfg.**

Durch die Buchhandlung der **„Volkswacht"** zu beziehen.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Mittwoch Abend 7½ Uhr entschlief sanft nach langem, mit Geduld ertragenen Leiden, mein innigst geliebter, treusorgender Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann [2090

David Meyerfeld

im 61. Lebensjahre. Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bielefeld, den 28. August 1896.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 30. August, 3½ Uhr vom Trauerhause, Breitestrasse 23 aus statt.

Nachruf.

Am Mittwoch Abend entschlief sanft, nach langem, mit Geduld ertragenen Leiden, unser verehrter Chef

Herr **D. Meyerfeld.**

Sein biederer Charakter und seine wohlwollende Gesinnung, sichern ihm bei uns ein bleibendes Andenken.

2092 **Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Gebr. Meyerfeld.**

Sektion der Klempner des deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Sonnabend, den 29. August

Mitgldr.-Versammlung

im Lokale des Herrn R. Kahl.

Tagesordnung: Vortrag des Genossen Slomke über: „Die Entwickelungs-Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. [2082

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht:

Der Vorstand.

NB. Die Restanten werden an ihre Pflichten erinnert.

Achtung!

Parteigenossen Herfords!

Sonnabend, den 29. August, abends 8½ Uhr:

Oeffentl. Versammlung

im Lokale des Herrn **Ströter.**

Tagesordnung: Stellungnahme zur Parteikonferenz in Bünde für den Kreis Halle-Herford sowie Wahl von Delegierten zu derselben.

Um das Erscheinen aller Parteigenossen ersucht 2081

Der Vertrauensmann.

Spezialität: 2089

Kranken-Weine.

Rob. Helsper.

2 fette Pferde geschlachtet.

2093*] **F. Hildebrandt.**
Pferdemetzger, Kronenstr. 10.

Hochzeits-Einladungen
liefert schnell, sauber und billig
Buchdruckerei der „Volkswacht".

Ein Hausknecht

auf gleich oder zum 1. September gesucht. 2097*

Hotel zur Krone, Bahnhofstr. 41.

Eine kleine Wohnung

zum 1. Oktober zu vermieten.

2094* **Bürgerweg 68.**

Schlosser-, Tischler-, Maler-, Maurer-, Zimmerer-, Maschinenbauer-Jacketts u. Hosen

in 2087

Zwirn, Leder, Pilot, Drell 2c.

in großer Auswahl

werden zu

außerordentlich billigen Preisen

abgegeben im

Kaufhaus

für elegante Herren- und Knaben-Garderoben.

3 Obernstraße 3.

Soeben ist erschienen und hält angelegentlichst empfohlen die **Buchhandlung „Volkswacht",** Schulstr. 20:

Die Währungsfrage und die Sozialdemokratie.

Eine gemeinverständliche Darstellung
der währungspolitischen Zustände und Kämpfe.
Von **Max Schippel.**

Agitations-Ausgabe (zur Massen-Verbreitung) Mk. 0,30; Porto 5 Pfg.
Buchhandel-Ausgabe Mark 1,—.

Diese Schrift, welche die Währungsfrage zum ersten Mal unter sozialistischem Gesichtspunkte behandelt, ist für jeden denkenden Genossen unentbehrlich und von der Parteipresse bereits eingehend rühmend besprochen. Die „Leipziger Volks-Zeitung" urteilt: „Hier ist endlich ein zuverlässiger Leitfaden für unsere Agitation, hier kann der Arbeiter sich gut und schnell unterrichten", und der „Vorwärts" schreibt: „desto erfreulicher ist es, daß diese von unserer Partei ausgehende Darstellung als eine sehr ernste und gründliche Arbeit aufs wärmste empfohlen werden kann."